

Zuflucht Nachbarschaft: Community Organizing mit Geflüchteten

Hester Butterfield

Die Herausforderung

In der Diskussion über Betreuung und Unterstützung von geflüchteten Frauen, Männern und Kindern sowie über ihre Integration fehlen meist die Ansichten der Flüchtlinge.

Auch die Merkmale des Gemeinwesens in dem die Geflüchteten sich befinden und in dem sie ihre Rechte verwirklichen können sollen, werden selten dargestellt und seine Reichweite bzw. Beschränkungen nicht berücksichtigt. Im politischen Diskurs wird meist über die Flüchtlinge und die aufnehmende Gesellschaft gesprochen – und das aus Sicht anderer, nicht der Geflüchteten selbst.

Ich möchte im Folgenden die Sichtweise darstellen, die ich in meinen mehr als 20 Jahren Erfahrung im Bereich Flüchtlings- und Asylsozialarbeit und umfangreichen Praxis- und Lehrerfahrungen als Community Organizer auf zwei Kontinenten entwickelt habe. Aus der Perspektive meiner beiden professionellen Ansätze sehe ich die Asylsozialarbeit stets im Stadtteil verankert und mit der Grundprämisse untermauert, sich zuallererst mit den Zielen und Wünschen der Geflüchteten auseinanderzusetzen und ihre Prioritäten zu verstehen. Im darauf folgenden Schritt wird das Umfeld und das Gemeinwesen, in dem die Flüchtlinge wohnen, erkundet, die Schlüsselfiguren identifiziert und kennengelernt und deren Selbstinteressen im Stadtteil und in der Zusammenarbeit mit Geflüchteten festgestellt.

Seit ich 1989 in einer Turnhalle 100 männliche Asylsuchende aus verschiedenen Nationen, Kulturen, Religionen, mit zwanzig bis vierzig Muttersprachen beriet und betreute, habe ich in vielen verschiedenen Bereichen der Migrations- und Asylsozialarbeit gearbeitet: In München und im Landkreis München in Containerlagern, zentralen Sozialdiensten, ehemaligen Wohnheimen oder Hotels, Wohnprojekten, Erstaufnahmeeinrichtungen. Ich habe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dort fachlich beraten und leite seit 1995 ein Seminar für Praktikantinnen und Praktikanten in der Asylsozialarbeit. Über die Jahre verfolgte ich die Änderungen, Fortschritte und Rückschläge in der Praxis, die hoch komplexe und komplizierte Rechtslagen und Unterbringungsformen, steigende und sinkende Zahlen von neu ankommenden Flüchtlingen. Kaum geändert hat sich die Intention der Politik, höchstens die Rhetorik. Immer noch geht es hauptsächlich um Ein- und Beschränkungen. Familien, alleinerziehende Frauen und Männer, Neugeborene, Separated Children, Menschen mit teils schweren Behinderungen, Ältere und Schwerkranke, Menschen in Abschiebehaft oder auf dem freiwilligen Weg zurück in die Heimat: Jede und jeder hat ein individuelles Schicksal, eigene Sorgen, Ressourcen und Kompetenzen. Sobald das Überlebensnotwendige gesichert ist, wird es zum obersten Ziel der Geflüchteten hier bleiben und Geld verdienen zu können, um damit die Familie zu Hause zu unterstützen oder nachzuholen. Eine Aufenthaltserlaubnis kann aber immer nur auf der Basis der individuellen Biografie erreicht werden. Dass dieses Ziel grundsätzlich nicht durch soziale Aktionen oder Solidarität zu erreichen ist, sollte stets allen Beraterinnen und Beratern sowie freiwilligen Helferinnen und Helfern bewusst sein und in der Beratung sowie in strategischen Überlegungen zur Erreichung anderer Ziele mitgedacht werden.

Geflüchtete haben ihre Heimat und ihr ganzes bisheriges Leben verloren, sie spüren überall Gefahr und wissen nicht, wem sie vertrauen können. Sie müssen mit Brüchen leben, in ihrem Selbstbewusstsein, ihren Werten und Normen, in ihrer Lebensplanung. Salman Rushdie beschreibt diese Krise so:

»The act of migration...puts into crisis everything about the migrating individual or group, everything about identity and selfhood and culture and belief.« (Rushdie2012)

Um hier Teil einer Gemeinschaft zu werden, müssen Menschen nach der Flucht ihre Identität wieder neu zusammensetzen und einen sicheren Ort finden, wo sie ihre Kultur und ihren Glauben weiter entwickeln und neue Wurzeln schlagen können. Sie brauchen eine Gemeinschaft, die ihnen ermöglicht, teilzuhaben, und mit deren einheimischen Mitgliedern sie gemeinsame Interessen identifizieren können.

Stolpersteine der Integration

Geflüchtete haben kein Recht auf Mitsprache in der zivilen Gesellschaft. Wenn sie sich äußern oder protestieren, an Kundgebungen oder Petitionen teilnehmen, müssen sie mit Sanktionen rechnen, zum Beispiel mit einem »Transfer« an einen anderen Ort und damit dem Verlust der Nachbarschaft, die gerade vertraut wurde.

Sogar die scheinbar neutralen Bezeichnungen, mit denen Politik und Behörden über geflüchtete Menschen sprechen, halten die so Bezeichneten auf Distanz zur Gesellschaft: Menschen, deren Asylgesuch positiv beschieden wurde und eine Asylberechtigung erhalten, heißen im Behördendeutsch nicht Asylanerkannte sondern »Statuswechsler«. Wenn sie keine Wohnung finden und weiter in einer Gemeinschaftsunterkunft wohnen müssen, nennt man sie »Fehlbeleger«. Auch jenseits von klar diskriminierenden Bezeichnungen wie »Asylant« oder »Asylmissbraucher« gibt es viele sprachliche Ausgrenzungen, die nicht allein durch Deutschunterricht überwunden werden können.

Community Organizing: Menschenwürde und Teilhabe für Geflüchtete

An einigen Praxisbeispielen möchte ich Möglichkeiten schildern, wie Flüchtlinge durch den Ansatz eines innovativen Community Organizing (CO) Schritt für Schritt in kommunalen Entscheidungsprozesse miteinbezogen werden, und wie die Schlüsselfiguren und Dienstleister*innen in der Umgebung gemeinsam mit Flüchtlingen eine Community aufbauen können. Ich möchte auch Risiken und Potential für Misserfolge schildern.

Was ist CO? Saul Alinsky schrieb über die von ihm gegründete Community Organisation, Industrial Areas Foundation (IAF):

»Fundamentally ... our purpose (is) to restore the democratic way of life to modern society ... The IAF aims to break down the feeling on the part of our people that they are social automatons with no stake in the future, rather than human beings in possession of all the responsibility, strength and human dignity which constitute the heritage of free citizens in a democracy.« (Alinsky in Bretherton, 2012, S. 264)

Obwohl es nicht politischer Wille ist, dass Flüchtlinge an der zivilen Gesellschaft teilhaben, können sie zusammen mit lokalen Einrichtungen und Einzelpersonen oder Dienstleister*innen eine Stimme im Stadtteil bekommen. Im Folgenden beschreibe ich wesentliche Schritte, die Menschen nach der Flucht zusammen mit anderen, die in ihrem Stadtteil wohnen oder arbeiten, in einer neuen Community vereinen können.

Schritte und Maßnahmen zur Gemeinschaftsbildung

- Das Gemeinwesen definieren: Es kann sich sowohl um das Gemeinwesen in der Unterkunft als auch um das Umfeld handeln.
- Was wollen die Geflüchteten? Durch Zuhören in Beratungen, Gruppenarbeit und Interviews ihre Interessen und Sorgen kennenlernen, mit ihnen zusammen Prioritäten setzen, Vertrauen gewinnen, z. B. in dem man/frau sich bei Behörden für ihre Belange einsetzt und sie über die Erfolgsaussichten aufklärt.
- Schlüsselfiguren unter Dienstleister*innen im Umfeld identifizieren: Gespräche führen, einzeln oder in Facharbeitskreisen, mit beispielsweise Ärzt*innen, Apotheker*innen, Schulleitungen und Lehrkräften, KITA Personal usw. sowie mit Nachbarschaftstreffs oder Quartiersprojekten und freiwilligen Helfer*innen.
 - Sie nach ihren eigenen Interessen fragen: Im CO geht es nicht in erster Linie um »Helfen« sondern um das Selbstinteresse der Befragten.
 - Ärzt*innen und Lehrkräfte erleben berufliche Herausforderungen in der Arbeit mit Menschen nach der Flucht: Um ihre Arbeit effektiv und befriedigend zu leisten, benötigen sie Hilfe in Bezug auf Verständigung und Bewältigung von bürokratischen Hürden.
 - Sie sprechen von mangelnden Kenntnissen über Bildungserfahrungen, über Krankheiten und den spezifischen kulturellen Umgang damit, traumatisierende Erfahrungen. Ihnen fehlt Wissen über die Ressourcen und Kompetenzen der Geflüchteten.
- Gemeinsame Interessen festhalten (s.o.)
 - Ihnen diese zurückspiegeln und priorisieren.
 - Im Austausch darüber erkennen die Schlüsselfiguren, dass sie Verbündete haben. Häufig sind sie Stakeholder im Stadtteil, die mit Entscheidungsträger*innen bekannt oder vernetzt sind. So formiert sich eine Machtbasis.
- Ziele bzw. Forderungen herunter brechen, so dass sie Stück für Stück im Stadtteil oder auf kommunaler Ebene durchzusetzen sind (in der Sprache von CO heißt es, dass sie zu gewinnen oder gewinnbar sind). So kann der erste Schritt zu besserer Verständigung in allen Bereichen die Forderung nach Dolmetscherdiensten für Elternabende sein.
 - Geflüchtete und deren Unterstützer*innen in die Entscheidungsprozesse über Forderungen einbinden.
- Kenntnisse über Entscheidungsträger und -verfahren vermitteln: Hier könnte die o. g. Forderung als Projekt an den Bezirksausschuss herangetragen werden - in München gibt es 25 solche stadtteilbezogenen Räte, die lokale Forderungen stellen und über Mittel für kleinere Projekte verfügen. Ferner finden jährlich Bürgerversammlungen statt, in denen Anträge an die Stadt gestellt werden können. Es gilt, diese Instrumente zu nutzen, um schrittweise Erfolge zu erzielen und auch die Stadtteilbewohner*innen incl. der

Flüchtlinge in diese Verfahren einzuführen. Hier können nur die stimmberechtigten Stadtteilbewohner*innen, nicht die Flüchtlinge Anträge stellen und sprechen. Es ist also besonders wichtig, die gemeinsamen Interessen zu eruieren, um den Nichtstimmberechtigten eine Stimme zu verleihen.

- Parallel dazu sollte dort, wo die Flüchtlinge untergebracht sind, die Gemeinschaft gefördert werden:
 - Gruppenangebote, Gemeinschaftsräume, Kinderbetreuung, Feste, Deutschunterricht, Exkursionen, Frauen Cafés, Sport, Fahrrad- und PC- Werkstatt fördern gegenseitiges Vertrauen und ermöglichen Solidarität.
 - Geflüchtete, die soziale Kontakte verloren haben und andere vorerst mit Misstrauen betrachten, lernen (wieder) Beziehungen und gegenseitigen Respekt aufzubauen. Sie erleben die Wirkung von Zusammenschlüssen und können als Kollektiv in der Nachbarschaft auftreten.

Risiken: Das Fallbeispiel Abschiebelager

In jeder Kampagne für Gerechtigkeit oder für die Verbesserung von Lebensqualität sind Geflüchtete viel höheren Risiken ausgesetzt als Gemeinwesenarbeiter*innen oder Organizer, Stakeholder im Stadtteil oder freiwillige Helfer*innen. Wir, die Kampagnen begleiten oder organisieren, haben diese Gefahren ernst zu nehmen und nie zu vergessen, dass wir abends nach Hause gehen oder gar aussteigen können.

Als vor einigen Jahren die Bayerische Staatsregierung geplante Abschiebungen beschleunigen wollte, funktionierte sie zwei Container in einer Ecke auf dem Gelände einer Gemeinschaftsunterkunft zu einer Abschiebeunterkunft um. Männer, Frauen und Kinder, die demnächst abgeschoben werden sollten, wurden mit Bussen hingebacht, um dort zu warten, bis ihre Abschiebung behördlich organisiert werden konnte.

Rund 250 Asylsuchende lebten noch in den anderen Baracken. Das Gelände wurde eingezäunt und damit alle, die dort lebten, eingesperrt. Nur wer dem Wachdienst an der Pforte eine Aufenthaltsgestattung mit der darin eingetragenen Adresse der Unterkunft zeigen konnte, durfte passieren. Da sie in der Schlange auf die Kontrolle warten mussten, verpassten manche Kinder den Bus in die Schule, alle fühlten sich gedemütigt. Freiwillige Helfer*innen und Sozialarbeiter*innen durften mit ihren Autos auf das Gelände fahren, aber ihre Nummernschilder wurden aufgeschrieben. Flüchtlinge aus anderen Unterkünften durften nicht auf das Gelände, die Bewohner*innen wurden isoliert.

Eine Protestwelle entstand. Soziale Einrichtungen und Kirchen organisierten Petitionen und Kundgebungen, die Stadtratsfraktion der Grünen fragte beim Bayerischen Datenschutzbeauftragten an, ob es rechtmäßig sei, die Nummernschilder der Helfer*innen zu notieren. Die Unterkunftsbewohner*innen trafen sich regelmäßig im Gemeinschaftsraum mit Sozialarbeiter*innen und Unterstützer*innen, um zu überlegen, was sie, die ohne Stimme waren, tun konnten.

Bei einem solchen Treffen war ich dabei und hörte interessiert zu, wie ein Flüchtling mit schlagkräftigen Worten den Menschen Mut machte. Es klopfte an der Tür und ich machte auf: Zwei junge Polizisten im Zivil zeigten ihre Dienstaussweise und nahmen den Mann fest, der gerade gesprochen hatte. Er war ein Besucher von außerhalb, der es geschafft hatte, trotz des Verbots auf das Gelände zu kommen und wurde dafür in Gewahrsam genommen. Aufgrund des öffentlichen Drucks wurde nach einigen Monaten das Abschiebelager dort geschlossen.

Wenn wir eine Protestbewegung für die Rechte von Menschen nach der Flucht begleiten oder beraten, dürfen wir nie vergessen, dass sie nicht die gleichen Rechte von Bewegungsfreiheit oder Meinungsäußerungen haben wie wir. Das neue sogenannte Integrationsgesetz bestimmt Gemeinschaftsunterkünfte als gefährliche Orte, die von der Polizei ohne besonderen Grund betreten und durchsucht werden können.

Kampagne anlässlich der Rückführung abgelehnter vietnamesischer Asylsuchender 1994-1999

Die Problemlage

Die Bundesregierung entschied 1994, abgelehnte Asylbewerber*innen aus Vietnam zurückzuführen, obwohl diese keine gültigen Reisedokumente hatten und die Sozialistische Republik Vietnam verweigerte, ihnen Pässe auszustellen. In einer Serie von Ping-Pong-Abschiebungen wurden einzelnen Vietnamesen nach Hanoi geflogen, wo ihnen die Einreise untersagt wurde. Es folgte eine Transitzeit in Hong Kong, von wo sie nach Saigon geflogen wurden, wo ihre Einreise wieder abgelehnt wurde. Nach einiger Zeit kamen sie zurück nach Deutschland.

Mit der Ankündigung, gegebenenfalls weitere Gelder im Rahmen von Entwicklungshilfe in Frage zu stellen, konnte die BRD Vietnam überzeugen, an den Verhandlungstisch zu kommen. Darüber hinaus stellte die BRD finanzielle Hilfen für die Wiedereingliederung der Rückkehrer in Aussicht.

1995 wurde das »Abkommen über die Rückübernahme von vietnamesischen Staatsangehörigen« unterzeichnet. 40.000 Vietnamesen sollten bis 2000 in jährlichen Kontingenten von 600 bis zu 8.500 nach Hause geschickt werden. In einem Durchführungsprotokoll legten die beteiligten Regierungen fest wie das »Übernahmeersuchen« ablaufen und der »Besitz der vietnamesischen Staatsangehörigkeit« festgestellt werden sollte. (Bundesgesetzblatt 1995 Teil II, S. 743-747)

Verbündete suchen und Recherche

Das Büro unseres Sozialdienstes für Flüchtlinge diente der Vietnamesischen Initiative München (VIM), einer Gruppe von freiwilligen Helfern, die selber als Boatpeople oder Asylsuchende nach Deutschland gekommen waren, als zentraler Ort für Beratungen und Gespräche. Gemeinsam nahmen wir Kontakt mit anderen Organisationen und Beratungsdiensten für vietnamesische Flüchtlinge in ganz Deutschland sowie mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte auf, um im Austausch über die Vereinbarungen der deutschen mit der vietnamesischen Regierung zu bleiben. Die IGFM konnte aufgrund ihres internationalen Status dem Bundesministerium des Inneren Fragen stellen und Antworten über die Vereinbarung erhalten. Wir lernten dabei, inwiefern und wem Ministerien und Behörden in einem solchen Verfahren Rede und Antwort stehen müssen.

Dank der Informationen, die wir so erhielten, wussten wir rechtzeitig Bescheid über den Zeitrahmen und die jährlichen Kontingente sowie über das Verfahren zur Feststellung der Staatsangehörigkeit. Die VIM informierte Vietnamesen in ganz Bayern darüber. Wir hatten aber nicht erwartet, dass die Ausländerbehörden gleich versuchen würden, alle Vietnamesen sofort zurückzuführen und zwar, indem sie sie unter Druck setzten, einen Fragebogen der Republik Vietnam (ibid, S. 748-751) auszufüllen, der ausführliche Angaben zur eigenen Person, aber auch zu Angehörigen in Vietnam enthielt.

Die Ausländerbehörde München forderte alle Vietnamesen auf, die wegen Verlängerung ihrer Duldung vorstellig waren, die Selbstangabe auszufüllen. Bei einer Verweigerung wurden die Duldungen nicht verlängert und

die Flüchtlinge waren sofort ohne Ausweis und damit illegal. Sie verloren ihre Arbeitsstellen und hatten kein Einkommen.

Trotzdem sahen die Betroffenen sich nicht in der Lage, den Fragebogen auszufüllen: Es hätte in der Sozialistischen Republik Vietnam Gefahr für sie und ihre Familien bedeutet.

Gewinnbare Forderungen

Dass das nicht zu stoppen war, war der IGFM, der VIM und unserer Beratungsstelle klar. Eine Forderung, das Abkommen zu stoppen, wäre nicht gelungen. Wir fragten uns, wie wir den betroffenen Vietnamesen beistehen konnten. Sie erzählten uns:

- Sie wollten mit Würde zurückkehren.
- Sie befürchteten Hau-Ruck-Aktionen.
- Sie wünschten genügend Zeit, um Wohnungen zu kündigen und ihre Kaution zurückzubekommen.
- Sie wollten Zeit genug haben, um die Anträge auf Rückzahlung von einbezahlten Rentenbeiträgen nach dreijährigen Aufenthalt in der Heimat stellen zu können.
- Vor allem aber wollten sie die Fragen in der Selbstangabe nicht beantworten.

Die VIM besuchte Unterkünfte in ganz Bayern und hörte überall die gleichen Sorgen und Wünsche.

In einer Antwort an die IGFM hatte Innenminister Kanther betont, die Selbstangabe sei freiwillig. (1) Damit hatten wir den strategischen Schlüssel für die Kampagne: Das Vorgehen der Ausländerbehörde strafte Minister Kanthers Aussagen Lügen. Wenn der Gegner Fehler macht, kann es im CO zum Vorteil sein; damit werden Konflikte offen gelegt. Wir verlangten, die Freiwilligkeit der Selbstangabe zu berücksichtigen. Kern unserer Forderung war die Garantie der Menschenrechte und der Würde der Rückzuführenden als Grundprinzipien der deutschen Verfassung. Dies immerhin nur ein paar Jahre nach der Auflösung der DDR, die ähnlich wie die Sozialistische Republik Vietnam Menschenrechte verletzte.

Die Wünsche und die Forderung stellte ich in den Stadtteilgremien, die ich regelmäßig besuchte, vor: Im Stadtteil München-Neuperlach waren die Stakeholder (Soziale Einrichtungen, KITAs, Bezirksausschuss des Stadtteils und die Flüchtlingsberatung) in einem Facharbeitskreis vernetzt und bei dem regelmäßigen Treffen der Pfarrer der neun christlichen Kirchen war ich öfters zu Gast.

Die Gremien stellten im Bezirksausschuss (BA) einen Dringlichkeitsantrag an die Stadtspitze; der BA lud den Kreisverwaltungsreferenten, der die Aufsicht über die Ausländerbehörde hat, zum Gespräch ein. Da Referate und Ämter den lokalen Politikern Rede und Antwort stehen müssen, sagte das Referat (KVR) zu. Im Pfarrsaal warteten der BA-Vorsitzende als Gastgeber und Moderator, einige Pfarrer, Vertreter der Wohlfahrtsverbände, freiwillige Helfer*innen, Journalisten und hinten zwei Reihen von Vietnamesen. Aber niemand vom KVR erschien; wir hatten so die Chance, allen Anwesenden die Forderung und die Bedeutung des Briefs von Minister Kanther deutlich zu machen. Die Medien berichteten, das KVR sah sich blamiert und erschien zum nächsten Gespräch, um mitzuteilen: »Sie haben recht, ab sofort muss die Selbstangabe nicht mehr abgegeben werden.«

Die Bedeutung dieses Erfolgs war größer als von den Behörden erwartet: Die Republik Vietnam nutzte das Fehlen der Selbstangabe als Vorwand, um die Rückkehrvorbereitung lang hinaus zu zögern. Sprecher der VIM reis-

ten mit dem Schreiben von Kanther durch Bayern, so dass alle betroffene Vietnamesen es in ihren Ausländerbehörden vorzeigen und die Selbstangabe verweigern konnten, ohne Konsequenzen befürchten zu müssen.

Die Bausteine dieser Kampagne waren: Das Vertrauen der Geflüchteten gewinnen und ihre Ziele verstehen, eine Selbstorganisation aufbauen, sich mit einflussreichen Menschenrechtsorganisationen vernetzen, wie auch mit relevanten Einrichtungen, Kontakte zu lokaler und Bundespolitik knüpfen, Wissen über kommunale Strukturen und Entscheidungsprozesse, Öffentlichkeitsarbeit und der Mut der Betroffenen die Selbstangabe nicht auszufüllen und zu öffentlichen Veranstaltungen zu erscheinen.

Die Kampagne führten wir mehrere Jahre weiter mit neuen Forderungen und der Begleitung von mehreren Hundert Vietnamesen aus ganz Deutschland, bis sie entweder eine Aufenthaltserlaubnis erhielten oder ins Flugzeug stiegen. Mit Forderungen und Petitionen an den Landtag gegen die Trennung von Familien oder die Abschiebung von unbegleiteten Minderjährigen, bevor sie ihre Ausbildung abschließen konnten, wurden einige Abschiebungen gestoppt. Mit der Selbstorganisation VIM flossen Informationen und im Wartesaal am Flughafen konnten Rückkehrer drei Stunden muttersprachlich beraten und manchmal eine Abschiebung verhindert werden. Durch die geduldige und ruhige Betreuung im Flughafen entstand eine Kooperation mit der Grenzpolizei, die auch die Atmosphäre für Rückkehrer erleichterte.

Nach den so gewonnenen Erfahrungen entschied die VIM, ihre Beratungs- und Betreuungsarbeit solidarisch auf Geflüchtete aller Länder zu erweitern. Außer Beratung leisteten und leisten sie noch Gemeinwesenarbeit in der Unterkunft, gestalten Feste und bauen Spielplätze.

Sind gemeinsame Ziele utopisch?

Aktuell gibt es ein dringendes gemeinsames Ziel der Geflüchteten und der Einheimischen, das keineswegs utopisch ist: Die Wohnungsnot für alle ist seit langem akut. Kommunale und Bundespolitiker*innen erkennen die schwierige Lage. Verwaltung und Wohlfahrtsverbände beklagen, dass in den letzten Jahren kaum sozialer Wohnungsraum entstanden ist. Das Problem besteht schon lange, nicht erst seitdem die Zahl anerkannter Flüchtlinge wächst. Wer für Integration plädiert und Nachbarschaft fördern will, muss sich dieses Themas annehmen. Stakeholder im Stadtteil, die GWA und Quartierprojekte sowie Menschen nach der Flucht müssen sich an den Planungen beteiligen, um Wohnungen für ALLE zu schaffen. Sie sollen in Zukunftworkshops und Facharbeitskreisen gemeinsam mit Architekten und Behörden diskutieren, ob bzw. von welchen Standards abgewichen werden darf und soll, z. B. von der Zahl der Stellplätze, um schneller und billiger Wohnraum zu schaffen. Sie können in den Stadtteilen wesentlich zur Akzeptanz der neuen Stadtteil Bewohner*innen, ob Wohnungslose, Menschen mit Behinderung, Flüchtlinge oder Menschen mit geringem Einkommen beitragen, aber nur, wenn sie sich aktiv einbringen können. Lippenbekenntnisse zur Partizipation reichen nicht aus. Echte Teilnahme können diese Gruppen durch Selbstorganisation und CO erreichen, so wie ich es in der Beschreibung der Kampagnen geschildert habe.

Es gibt hierfür Modelle, beispielsweise das CO Projekt in der Münchner Siedlung Alte Heimat (2). Hier leben rund 900 Personen. 60 % sind über 60 Jahre alt, manche über 90, viele mit physischen und geistigen Behinderungen, psychischen und physischen Erkrankungen. Die Mehrzahl lebt von ALG II oder kleinen Renten. 15 % kamen als Flüchtlinge nach Deutschland. Im Rahmen des CO Projekts wurde 2012 eine Mieterinitiative gegründet, die eine Beteiligung der Mieter*innen an der Planung von Neubauten erfolgreich durchsetzte und seit 2013 im monatlichen Jour Fixe mit Ämtern und der Wohngesellschaft die Belange der Siedlungsbewohner*innen ver-

tritt. Über Interviews und Befragungen werden Meinungen regelmäßig festgestellt und Informationen aus dem Jour Fix in Monatstreffen allen mitgeteilt.

Auch die Asylhelfer*innenkreise, die wegen der neuankommenden Flüchtlinge entstanden sind, sind häufig mit der Wohnungssuche konfrontiert. Sie haben eine wichtige Rolle als Stakeholder, sie stellen unangenehme Fragen und zwingen die Verwaltung zum Nachdenken. Gemeinsam können die unterschiedlichen Akteure die faire Verteilung von finanziellen Mitteln und Betreuungskonzepte fordern, die alle berücksichtigen. Sie können als Experte in eigener Sache Mitsprache an Planungsgremien und -tagungen einfordern, beispielsweise am Programm »Wohnen für Alle« (3) im Großraum München, wo jährlich 6000 geförderte Wohnungen gebaut werden sollen.

Solche Ziele sind realistisch, wenn sie vor Ort und in überregionalen Koalitionen verfolgt werden und tragen in Zeiten der Unruhe und Fremdenfeindlichkeit zum gesellschaftlichen Frieden bei. Eine Kooperation der Gruppen, die von Wohnungsnot stark betroffen sind, wäre wahre Integration.

Anmerkungen

(1) »Der Fragebogen soll von den Rückkehrern freiwillig ausgefüllt werden. Sofern der Fragebogen nicht ausgefüllt wird, sind von der die Rückführung betreibenden Behörde die Angaben des Formulars auf Ausstellung eines Paßersatzes ... zu machen.« Aus einem Brief von Herrn Innenminister Kanther an die IGFM, 28.08.1995, Privatbesitz

(2) Siehe die Website der Mieterinitiative <http://www.aha-2012.de/> oder den Jahresbericht vom Jane Addams Zentrum e. V. <http://www.jane-addams-zentrum.de/wp-content/uploads/Jahresbericht-2015.pdf>

(3) Siehe z. B. den Freisinger Appell: »Wohnen für Alle«: <http://www.sueddeutsche.de/muenchen/freising/wohnungsnot-freisinger-appell-1.2527309> letzter Zugriff 04.07.2016, 14:35. In anderen Städten gibt es auch Überlegungen, siehe z. B. »Flüchtlingsunterkünfte und sozialer Wohnungsbau: Welche Konzepte haben Zukunft?« <http://www.htwk-leipzig.de/de/hochschule/aktuelles/veranstaltungen/veranstaltungen-details/details/fluechtlingsunterkuenfte-und-sozialer-wohnungsbau> / letzter Zugriff 04.07.2016, 14:15.

Literatur

Alinsky, Saul in: Bretherton, Luke, The Political Populism of Saul Alinsky: http://www.academia.edu/2167635/The_Political_Populism_of_Saul_Alinsky_and_Broad-Based_Organizing_The_Good_Society_Journal_21.2_2012_261-278, letzter Zugriff 03.07.2016, 20:00

Bundesgesetzblatt Jahrgang 1995 Teil II, S. 743-752: http://www.bgbl.de/xaver/bgbl/start.xav?start=%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl29550743.pdf%27%5D#_bgbl_%2F%2F%5B%40attr_id%3D%27bgbl29550743.pdf%27%5D_1465666074919 letzter Zugriff 03.07.2016, 22:30

Rushdie, Salman in: The New Yorker: <http://www.newyorker.com/magazine/2012/09/17/the-disappeared> 02.07.2016, 18:19), letzter Zugriff 02.07.2016, 18:19

Autorin

Hester Butterfield, 1986 aus USA nach Deutschland eingewandert, ist Vereinsvorsitzende des Jane Addams Zentrums e. V. (jaz) und des Forums Community Organizing e.V. (FOCO). Aktuell leitet sie das Community Organizing Projekt von jaz in der Münchner Siedlung Alte Heimat, das seit 2014 vom Stadtrat befördert wird. Nach ihrem Bachelor, Harvard University, 1965, studierte sie Soziologie im Masterprogramm der Boston University und 1993 erhielt sie ihr Diplom (FH) in Sozialpädagogik von der Katholischen Stiftungsfachhochschule München. Sie war Friedensberaterin bei American Friends Service Committee in Cincinnati, Ohio und Community Organizer und Leiterin der Senior Citizens Coalition in Cleveland, Ohio. 1993-2009 war sie Fachdienstleitung des Sozialdienstes für Flüchtlinge, im Caritas Verband München-Freising und seit 1995 ist sie Lehrbeauftragte an der Stiftungsfachhochschule München und der Hochschule Landshut für GWA und Soziale Arbeit mit Geflüchteten.

Kontakt:

Forum für Community Organizing e. V. (FOCO)

Let's Organize!

Postfach 13 26

82155 Gräfelfing

E-Mail: info@fo-co.info

Internet: www.fo-co.info/

Redaktion

Stiftung Mitarbeit

Redaktion eNewsletter Wegweiser Bürgergesellschaft

Eva-Maria Antz, Ulrich Rüttgers

Ellerstr. 67

53119 Bonn

E-Mail: newsletter@wegweiser-buergergesellschaft.de